

Asylunterkünfte: Suboptimale städtische Informationspolitik

Namentlich vor dem Hintergrund des fortdauernden Ukrainekriegs rechnet die Stadt Wädenswil in naher Zukunft mit einem verstärkten Zustrom von Flüchtlingen. Um auf diese Situation vorbereitet zu sein, plant der Stadtrat zwei Containersiedlungen à je sechs Einheiten für jeweils ca. 140 Personen sowohl an der Alten Landstrasse als auch zwischen Speerstrasse und Rotweg. Die Siedlungen sind auf drei Jahre befristet und können etappenweise erstellt werden. Darüber hinaus will der Stadtrat am Zopfweg für ca. 45 Personen eine permanente Siedlung mit Notwohnungen bauen, welche die mittlerweile baufälligen Unterkünfte im Hänsital ersetzen sollen; ein Ersatzneubau am selben Standort ist nicht möglich, liegt doch das entsprechende Grundstück in der Landwirtschaftszone. Bereits mit der Errichtung der Baugespanne für die verschiedenen Projekte regte sich vor allem in den umliegenden Wohnquartieren erheblicher Widerstand, der sich anlässlich einer vom Stadtrat durchgeführten Informationsveranstaltung noch akzentuierte. Dieser richtet sich freilich nicht gegen die Aufnahme von Flüchtlingen an sich, sondern *gegen die Standortwahl für die Unterkünfte mitten in bereits jetzt schon dicht besiedelten Wohnquartieren*. Asylpolitik ist ein Kernthema der SVP, weshalb die Ortssektion Wädenswil mit Fragen, Bedenken, Irritationen usw. aus der (direktbetroffenen) Bevölkerung geradezu überhäuft wurde. Aus diesem Anlass lancierte die SVP-Gemeinderatsfraktion eine dringliche Interpellation mit Fragen an den Stadtrat, vorab zu den Kriterien der Standortwahl sowie zur Dauer der vorgesehenen Provisorien. Die SVP verurteilt den russischen Militäreinmarsch in die Ukraine aufs Schärfste. Dass den Flüchtlingen Schutz zu bieten ist, ist selbstverständlich, handelt es sich bei diesen doch um Menschen, welche vor Krieg und Tod fliehen, und nicht um Wirtschaftsemigranten aus sicheren Drittländern. Ebenso klar ist, dass die Stadt Wädenswil effektiv Bedürftigen (die nicht zwingend Asylsuchende sein müssen) Notwohnungen anbietet. Die diesbezügliche städtische Informationspolitik verlief aber suboptimal. Anlässlich des Informationsabends sind viele Fragen offen geblieben. Mit der eingereichten Interpellation will die SVP-Fraktion dem Stadtrat Gelegenheit bieten, nochmals strukturierter und unter Bezugnahme auf die öffentlich vorgetragenen Kritikpunkte der Anwohnenden zu informieren. Die Situation ist für sämtliche Betroffenen – Bevölkerung bzw. Steuerzahlende, Stadtrat und Asylsuchende – neu und äusserst herausfordernd, weshalb nun zeitnah zumutbare Wege gefunden werden müssen.

Charlotte M. Baer
SVP Fraktionschefin